

AUSLAND

Russischer Vorstoß scheitert

New York – Im Ringen um humanitäre Hilfe in Syrien tritt der UN-Sicherheitsrat weiter auf der Stelle. Eine russische Resolution, die Hilfslieferungen an den überwiegend von Rebellen gehaltenen Nordwesten des Landes beschränkt hätte, scheiterte am Mittwoch im höchsten UN-Gremium. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien, Estland und die Dominikanische Republik votierten dagegen. Die Resolution hatte Russland eingebracht, nachdem es am Dienstag mit China gegen einen Entwurf von Deutschland und Belgien ein Veto eingelegt hatte. AP

„Sea-Watch 3“ festgesetzt

Rom – Die italienischen Behörden haben ein Schiff der deutschen Organisation Sea-Watch festgesetzt, das im Juni circa 200 Menschen gerettet hatte. Inspektoren hätten mehrere Unregelmäßigkeiten entdeckt, die die Sicherheit der Personen an Bord gefährdeten, teilte die italienische Küstenwache am Donnerstag mit. Diese müssten behoben werden, bevor das Schiff wieder in See stechen könne. Die Sea-Watch 3 liegt derzeit in Porto Empedocle in Süditalien. Von den etwa 200 Menschen waren 28 positiv auf das Coronavirus getestet worden. Flüchtlingsschiffen ist es bis Ende Juli untersagt, in italienischen Häfen anzulegen. REUTERS

Maske total auf Mallorca

Barcelona – Katalonien und Mallorca haben wegen lokaler Corona-Ausbrüche eine strenge Maskenpflicht angeordnet. Seit Donnerstag müssen alle Personen ab dem Alter von sechs Jahren in der Öffentlichkeit selbst dann einen Mund- und Nasenschutz tragen, wenn der Sicherheitsabstand gewahrt werden kann. Das teilte Kataloniens Regionalpräsident Quim Torra am Mittwoch in Barcelona mit, Mallorca schloss sich an. Bei Verstößen wird ein Bußgeld von 100 Euro fällig. Die katalanische Gesundheitsministerin Alba Vergés sagte, die Maskenpflicht entfallt nur dort, wo sie sich nicht mit einer Tätigkeit vereinbaren lasse, etwa beim Sport oder im Meer. In Lleida gilt bereits seit Samstag ein strenger Lockdown, niemand darf rein, niemand raus. DPA

Bürgermeister von Seoul tot

Seoul – Der Bürgermeister der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, Park Won Soon, ist Medienberichten zufolge tot aufgefunden worden. Dies berichtete die nationale Nachrichtenagentur in der Nacht zum Freitag (Ortszeit) unter Berufung auf die Polizei. Diese hatte mit einem Großeinsatz nach Park gesucht, nachdem er eine Sprachnachricht hinterlassen habe, die sich laut seiner Tochter wie ein Testament angehöre habe. Park hatte sich als Menschenrechtsanwalt einen Namen gemacht und war 2011 zum Bürgermeister gewählt worden. Er galt als möglicher Präsidentschaftskandidat. AP, DPA

VON KAI STRITTMATTER

Kopenhagen – Der dänische König hoch auf einem Schimmel. Im Arm ein blondes Mädchen. Zu beiden Seiten jubelnde Menschen, die die rot-weiße dänische Fahne schwenken. Alle Dänen kennen diese Bilder. Genau ein Jahrhundert ist das nun her, dass Christian X. am 10. Juli 1920 mit seinem Ritt bei Christiansfeld alten dänischen Boden symbolisch neu in Besitz nahm. Nordschleswig war nun befreites Land aus dänischer Sicht. Die Wiedervereinigung, auf dänisch Genforeningen, war damit vollzogen. Eine alte Schmach getilgt.

Und Deutschland und Dänemark hatten endgültig eine neue Grenze. Eine Grenze, die bis heute einmalig ist in der Weltgeschichte: Die Menschen in der Region hatten selbst über sie entschieden, in einer Volksabstimmung. Und damit mehr als hundert Jahren nationalen Streitereien ein Ende gesetzt. Es waren bewegte Zeiten damals, und noch bewegter – Adolf Hitlers Machtergreifung, die Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen – sollten ein paar Jahre später folgen. Und dennoch hatte die demokratisch bestimmte Grenze all die Jahre nicht nur Bestand; die Grenzregion entwickelte sich vor allem in der zweiten Hälfte ihres Bestehens zu einem solchen Musterbeispiel für „friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in Grenzgebieten“, dass die Unesco auf den gemeinsamen Antrag Dänemarks und Deutschlands hin im nächsten Jahr entscheiden wird, ob sie die Region zum immateriellen Weltkulturerbe erhebt. Sie wird nun gefeiert, diese Grenze: Die Regierungen beider Länder haben das Jahr 2020 wegen des Grenzjubiläums zum deutsch-dänischen Freundschaftsjahr ausgerufen.

Die Schlacht bei den Düppeler Schanzen 1864 ist bis heute das nationale Trauma der Dänen

In der Region hatten viele Jahrhunderte, lange bevor Grenzen eine Bedeutung erlangten, Menschen beieinander gelebt, die dänisch, friesische und deutsche Dialekte sprachen. Blutige Zwietracht entlang der Sprachgrenzen kam mit dem Aufstieg der Nationalstaaten auf. Die Schlacht bei den Düppeler Schanzen 1864 ist bis heute das nationale Trauma der Dänen, damals erlitten sie eine verheerende Niederlage gegen preußische und österreichische Truppen und verloren die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenstein an die Preußen. Dänemark wollte sich mit dem Verlust nie abfinden, und nach der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg hielt der Vertrag von Versailles in Artikel 109 so lakonisch wie historisch einmalig fest: „Die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wird in Übereinstimmung mit dem Wunsche der Bevölkerung festgelegt.“ Es gab zwei Abstimmungen. Im Februar 1920 stimmte die Bevölkerung Nordschleswigs für die Zugehörigkeit zu Dänemark, einen Monat später entschied sich das mehrheitlich deutsch bewohnte Südschleswig – unter anderem in Flensburg und auf den Inseln Föhr, Amrum und Sylt – für den Verbleib bei Deutschland.

100 Jahre deutsch-dänische Grenze, das ist die Geschichte eines beispiellosen Erfolges. Gleichzeitig aber vielleicht auch die Geschichte einer „markanten Entfrem-



Auf einem Schimmel ritt der dänische König Christian X. in Nordschleswig ein. Vor genau 100 Jahren wurde in Schleswiger Volksabstimmung festgelegt, welche Teile dänisch und welche deutsch sein sollten. FOTO: DPA

dung“, wie der Historiker Steen Bo Frandsen glaubt. Rund 50 000 Dänen leben heute in Schleswig-Holstein, etwa 15 000 Deutsche auf der dänischen Seite der Grenze. Der Schutz der Rechte der Minderheiten ist vorbildlich seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Beide Minderheiten pflegen ihre Sprache, haben ihre eigenen Schulen und Bibliotheken. Nach dem Schengener Abkommen und dem Wegfall der Grenzkontrollen 2001 wurde die Grenze für viele Jahre fast unsichtbar. „Das Verhältnis ist gut. Man schlägt sich nicht mehr tot, man lebt friedlich. Das ist ja auch toll: Wir respektieren uns und kom-

men gut miteinander klar“, sagt Steen Bo Frandsen, der an der Universität von Süddänemark in Sønderborg Grenzlandforschung betreibt. Gefeierte aber werde in diesem Jahr eben „nicht das Miteinanderleben, sondern das Nebeneinanderleben.“ Dass das kaum einer mitbekommen hat, liegt nicht nur daran, dass der Veranstaltungskalender coronabedingt stark ausgedünnt wurde: Die beiden Länder interessierten sich nicht mehr wirklich füreinander, sagt Historiker Frandsen. So wie die nach Dänemark reisenden Deutschen meist nicht einmal die Ortsnamen aussprechen könnten, sei auch das Deutsche in Dä-

nemark „eine fremde Sprache“ geworden. „Dänemark hat sich von Deutschland sehr weit weg bewegt“, sagt Frandsen. Das liege zum einen an der Orientierung der Dänen zur angelsächsischen Kultur hin, aber auch an Deutschland selbst: „Deutschland ist groß, aber schwach. Es will keine Führung übernehmen. Und so ist Deutschland kein Modell, kein Vorbild. Es ist auch nicht mehr negativ belastet. Es ist einfach egal.“ Die Kopenhagener Germanistin Anna Sandberg stimmt dieser Einschätzung zu. Das alte Feindbild, sagt sie, sei verschwunden. Billigflieger bringen Scharen junger Dänen nach Berlin, die deutsche Krimise-

Rücken an Rücken

Die heutige Grenze zwischen Deutschland und Dänemark existiert seit 100 Jahren. Das soll gefeiert werden. Doch die Nachbarn beginnen sich zu entfremden

Wieder am Zug

Die EU will den Konflikt zwischen Serbien und Kosovo lösen

Berlin/Brüssel – Richard Grenell ist seit Anfang Juni nicht mehr Botschafter der USA in Deutschland, weshalb zumindest im politischen Berlin die Empfängerzahl seiner Tweets geschrumpft sein dürfte. Wer ihm trotzdem noch folgt, lernte Grenell in dieser Woche von einer unerwarteten Seite kennen – als Diplomat. „Wir freuen uns, dass die Europäer am 10. Juli ein Treffen für weitere Diskussionen mit Serbien und dem Kosovo durchführen“, verlautbarte Grenell, der immer noch Sondergesandter von Präsident Donald Trump für beide Länder ist. In dieser Eigenschaft hatte er an einem Deal gearbeitet, der Serbien und das Kosovo zusammenbringen und nebenbei die Europäer düpiieren sollte.

Im Kern stand die von der EU und insbesondere auch von Deutschland abgelehnte Idee eines Gebietstausches. Bei einem Gipfeltreffen im Weißen Haus hätte das am 27. Juni mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić und dem Staatschef des Kosovo, Hashim Thaçi, forciert werden sollen. Doch das Treffen platzte, nachdem die Staatsanwaltschaft des Kosovo-Tribunals eine Anklage gegen Thaçi ankündigte. Umgehend ergriffen Deutschland und Frankreich die Initiative. An diesem Freitag schalten sich Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit Vučić und dem kosovarischen Ministerpräsidenten Avdullah Hoti zusammen. Die Europäer, so die Botschaft, übernehmen wieder.

„Es ist wieder ein Trump-Deal kackend gescheitert. Alles, was es außerpolitisch anfasst, geht nach hinten los“, sagt Nils Schmid, der außenpolitische Sprecher der SPD im Bundestag. In seiner Doppelrolle als Botschafter und Sondergesandter war es Grenell ein Vergnügen gewesen, den Europäern das Heft des Handelns auf dem Balkan aus der Hand zu nehmen. Einen kleinen Triumph feierte er im Februar am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz, als Vučić und Thaçi unter seinen Fittichen die Absichtserklärung für eine neue Eisenbahnstrecke unterzeichneten. Europäische Diplomaten sahen das Wirken Grenells mit Schrecken, fürchteten sie doch, dass ein Gebietstausch eine Büchse der Pandora auf dem Balkan öffnen würde. Nun will die EU endlich nachhaken, was ihr seit der Unabhängigkeitserklärung der

ehemaligen serbischen Provinz 2008 nicht gelungen ist – ein Ausgleich zwischen den verfeindeten Staaten und die Anerkennung des Kosovo durch Serbien. An den Video-Beratungen nimmt neben dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell auch Miroslav Lajčák teil, der EU-Sonderbeauftragte für den Westbalkan. Beide wollen am Sonntag Hoti und Vučić in Brüssel begrüßen, um Schwung in den seit November 2018 stagnierenden Belgrad-Pristina-Dialog zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu bringen. Die Berufung des früheren slowakischen Außenministers zum special envoy im April sollte ein positives Signal senden: Lajčák werde sich „rund um die Uhr“ um die Region kümmern und soll Kosovaren und Serben klarmachen, dass sie eine europäische Zukunft haben. In Berlin setzt man Hoffnungen in Lajčák. Am Dienstag empfing ihn Außenminister Heiko Maas (SPD) zum Mittagessen.

Auch Kommissionschefin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel betonten stets, wie wichtig eine enge Anbindung des Westbalkans an die EU sei. Anders als noch vor fünf Jahren sei mehr Ehrgeiz zurück – auch um den Einfluss Russlands oder Chinas zu begrenzen. „Wir müssen das Lenkrad in der Hand haben“, sagt ein mit der Sache vertrauter Diplomat. Auch wenn das Agieren von Trumps Sondergesandten Grenell als wenig hilfreich empfunden wurde, hofft man weiter auf eine Zusammenarbeit: „Auf dem Balkan geht es immer dann voran, wenn Europa und Amerika gemeinsam handeln.“ Vor allem die Kosovaren drängen auf eine enge Einbindung der USA. Dort ist der Frust groß, dass es weiter keine Lockerung der Visumspflicht bei Reisen in den Schengenraum gibt – obwohl Kosovo laut Kommission alle technischen Voraussetzungen erfüllt. Wenn skeptische Mitgliedstaaten hier ihren Widerstand aufgeben könnten, würde dies die Glaubwürdigkeit der EU erhöhen. „Es ist wichtig, dass die EU Wort hält“, sagt auch Schmid.

Sollten Belgrad und Priština den nötigen politischen Willen aufbringen, so heißt es in Brüssel nun, könne die EU helfen, ein umfassendes und juristisch bindendes Abkommen auszuhandeln: „Das ginge innerhalb von Monaten.“ DANIEL BRÖSSLER, MATTHIAS KOLB

Mehr als Corona

Tausende protestieren in Belgrad erneut gegen ihre Regierung

Tel Aviv – Schlagartig steht Serbiens Regierung vor einer doppelten Herausforderung: Im Land wütet wieder das Virus – und zugleich kocht der Volkszorn hoch. Als Präsident Aleksandar Vučić zur Bekämpfung der steigenden Corona-Infektionszahlen in dieser Woche eine neue Ausgangssperre ankündigte, sammelten sich in der Hauptstadt Belgrad sogleich Tausende zum Protest. Die Wut scheint sich dabei gegen mehr als nur die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung zu richten. Denn die Demonstrationen gingen weiter, als Vučić die angeordnete Ausgangssperre wieder zurückgenommen hatte. Auf den Straßen wird sein Rücktritt gefordert, vom heftigsten Aufruhr ist die Rede, seit Vučić 2014 – erst als Premierminister, heute als Präsident – die Macht übernommen hat. Die EU-Kommission rief angesichts der Unruhen zum Deeskalation auf. „Die Entwicklungen, die wir seit zwei Tagen verfolgen, bieten Anlass zu Besorgnis“, sagte eine Sprecherin am Donnerstag in Brüssel.

Die Regierung soll die Infektionszahlen nach unten manipuliert haben

Die Auseinandersetzungen haben ein beträchtliches Gewaltpotenzial: Es flogen Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper, die Polizei setzte Knüppel und Tränengas ein und soll Berichten zufolge auch auf friedfertige Protestierende eingedroschen haben. Es gab Dutzende Verletzte und zahlreiche Festnahmen. Kurzzeitig drangen Demonstranten sogar ins Parlamentsgebäude ein. Der krawallbereite Teil der Protestierenden wird dem rechten Lager zugeordnet. Darauf deuten auch Schlachtrufe hin wie „Kosovo ist das Herz Serbiens“ und „Wir wollen keine Migranten“.

Die Regierung reagierte scharf auf die Ausschreitungen. Innenminister Nebojša Stefanović verurteilte die „nackte Gewalt, die darauf abzielt, die Macht zu übernehmen“. Ministerpräsidentin Ana Brnabić gab die Schuld der Opposition, die Demonstrationen zu einer Zeit befeuerte, „in der der Staat und das Gesundheitssystem vor dem größten Angriff des Coronavirus seit Beginn der Pandemie stehen“. Präsident Vučić schließlich verwies auf ausländische

rie „Babylon Berlin“ war auch in Dänemark ein Erfolg. „Aber die Leute wissen nichts mehr über Deutschland“, sagt Sandberg. „Auch nicht über die Bedeutung Deutschlands für die Kulturgeschichte Dänemarks. Da hat man ein sehr schlechtes Gedächtnis.“ Noch vor wenigen Jahren boten sechs Universitäten in Dänemark Germanistik an – heute sind es nur mehr drei. Sandberg beklagt eine mitunter „provinzielle Mentalität“ in Dänemark: „Es soll ein deutsch-dänisches Freundschaftsjahr sein, aber die Dänen feiern eben auch in den Reden der Premierministerin nicht die deutsch-dänische Nachbarschaft – sie sprechen immer nur über die Genforeningen, die Wiedervereinigung. Das aber schließt die Deutschen aus, das ist schade.“

Dänemark beschäftigt sich nur mehr mit sich selbst, sagt Historiker Frandsen

In der Grenzregion verursachte die Regierung in Kopenhagen zuletzt mehrmals Irritationen, auch auf der dänischen Seite. Zum Beispiel als sie im vorigen Jahr entlang der 70 Kilometer langen Grenze einen umstrittenen Wildschweinzau hochziehen ließ. Und nach Ausbruch der Coronapandemie verkündete Ministerpräsidentin Mette Frederiksen die Schließung der Grenze für alle Ausländer ausgerechnet für den 14. März – auf den Tag genau 100 Jahre nach der Volksabstimmung. Dass sie das tat ohne jede Konsultation mit den deutschen Nachbarn und damit unter anderem eine deutsch-dänische Hundertjahrfeier der Stadt Flensburg torpedierte, ließ den Berliner Politikwissenschaftler und Skandinavisten Bernd Henningsen in seinem Blog von „nationaler Egozentrik“ sprechen: „Ja, über das friedliche Zusammenleben kann man keinen Zweifel haben – an einer kooperativen Zusammenarbeit aber schon“, schrieb er.

Historiker und Grenzlandforscher Steen Bo Frandsen sieht eine verpasste Gelegenheit. Nicht so sehr aus bösem Willen als vielmehr aus der Selbstbezogenheit der dänischen Politik heraus. Und die habe ihre Wurzeln in eben jener Niederlage 1864. Danach beschloss das geschrumpfte Dänemark, statt wie in der Vergangenheit nach außen von nun an vor allem nach innen zu blicken. Seither, sagt Frandsen, beschäftige sich Dänemark nur mehr mit sich selbst. Und so seien die Deutschen nun auch nicht wirklich eingebunden in die Hundertjahrfeiern. „Es ist die Abgrenzung, die man feiert. Die Grenze dort, das ist im Selbstverständnis der dänischen Politik nicht die deutsch-dänische Grenze – das ist unsere Grenze! Und so baut man einen Zaun, wenn man möchte, und man schließt sie einfach, ohne die Nachbarn zu fragen.“

Natürlich waren eine Reihe deutsch-dänischer Veranstaltungen geplant. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Königin Margrethe II. sollten sich diese Woche auf der dänischen Seite der Grenze treffen – die Königin wollte auf den Spuren ihres Großvaters Christian X. das Grenzland besuchen. In einer Kutsche, nicht auf einem Schimmel. Abgesagt auch das, verschoben aufs nächste Jahr, wegen Corona. Es sei schon ironisch, sagt Historiker Frandsen: „Da wird unsere große nationale Feier von einem Virus aus China gestoppt, das uns zeigt: Die Welt ist auch noch da.“

Zu Trump auf eigenes Risiko

Der US-Präsident tritt trotz hoher Infektionszahlen erneut auf

Washington – Nach Corona-Rekordzahlen in den Vereinigten Staaten zeichnet sich in dem Land weiter keine Entspannung ab. Eine Reihe von US-Bundesstaaten wie Florida, Texas oder Arizona verzeichneten auch am Mittwoch hohe Infektionsraten, teilweise wurden Intensivbetten in Krankenhäusern knapp. Am Dienstag hatte die Zahl der Neufektionen mit Covid-19 nach Angaben der Johns-Hopkins-Universität (JHU) bei mehr als 60 000 an einem einzelnen Tag gelegen – die bei Weitem höchsten Zahlen bislang.

Trotzdem plant Präsident Donald Trump weitere Wahlkampfveranstaltungen. An diesem Samstag will er auf dem Flughafen von Portsmouth im Bundesstaat New Hampshire vor Tausenden Anhängern sprechen. Alle Gäste müssen bei der Anmeldung zustimmen, dass sie „freiwillig alle Risiken“ übernehmen, die aus einer Corona-Infektion resultieren könnten, wie seine Kampagne erklärte. Trumps Wahlkampfpläne haften dafür nicht. Teilnehmer würden aber „stark ermuntert“, bereitgestellte Masken zu tragen, hieß es.

Die Rede ist im Freien geplant, anders als Trumps Kundgebung am 20. Juni in einer Halle in Tulsa (Oklahoma). Mehr als zwei Wochen später führt die örtliche Gesundheitsbehörde den Anstieg der Coronavirus-Infektionen im Bezirk auch auf den Trump-Auftritt zurück. Dieser sowie andere Veranstaltungen hätten „mehr als wahrscheinlich“ zu der Zunahme beigetragen, sagte Behördenchef Bruce Dart.

Kanadas Premier Trudeau: Wir haben das Virus besser unter Kontrolle als unser Nachbar

Als Dart auf die Kundgebung des Präsidenten angesprochen wurde, sagte er: „In den vergangenen Tagen hatten wir fast 500 Fälle, und wir wissen, dass wir mehrere große Veranstaltungen vor etwas mehr als zwei Wochen hatten.“ Man könne da einen Zusammenhang herstellen. Trumps Auftritt war der erste seit Beginn der Pandemie und wurde von Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt begleitet.

Der Präsident war dafür kritisiert worden, Tausende Menschen in einer Halle zu versammeln, in der das Tragen von Mas-

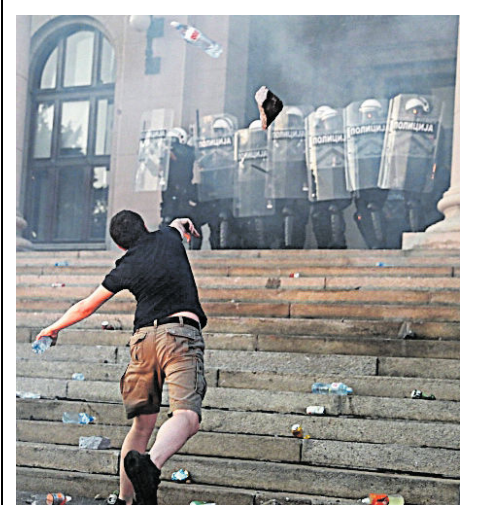


Bereit zum Schlag: US-Präsident Donald Trump. FOTO: TOM BRENNER/REUTERS

ken nicht verpflichtend war. Auch Trump trägt in der Öffentlichkeit keine Maske. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Kayleigh McEnany, begründete das am Mittwoch erneut damit, dass der Präsident regelmäßig auf das Coronavirus getestet werde.

Insgesamt liegt die Zahl der Toten infolge einer Covid-19-Erkrankung in den USA inzwischen bei mehr als 130 000 – zudem gibt es mehr als drei Millionen bestätigte Fälle. Die Zahl der Neuansteckungen in den USA, in denen etwa 330 Millionen Menschen leben, ist seit Mitte Juni im Zuge der Lockerung der Corona-Auflagen dramatisch angestiegen. Dies gilt vor allem für die Bundesstaaten Florida, Texas, Georgia, Arizona und Kalifornien. Trump erklärte dies wiederholt mit der ebenfalls gestiegenen Zahl an Tests.

Kanada meistert nach Darstellung von Premier Justin Trudeau die Corona-Krise besser als die USA. „Wir haben das Virus besser unter Kontrolle bekommen als viele unserer Verbündeten, insbesondere auch unser Nachbar“, sagt er. Es ist ungewöhnlich, dass sich Trudeau zum Verlauf der Epidemie in den USA äußert. Kanada – etwa 38 Millionen Einwohner – hat etwa 106 000 Fälle. DPA, REUTERS > Seite 4



Der Präsident solle zurücktreten, riefen Menschen in Belgrad. FOTO: DUBICA/REUTERS